



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

3

März 2019 / 53. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Geschafft! Tarifergebnis lohnt sich



Seite 5 <

Besuch in der Bundesgeschäftsstelle
Fraktionsvorsitzender
Ralph Brinkhaus (CDU)
im Dialog mit DPoIG-
Bundesleitung

Seite 19 <

Fachteil:

- Wohnungsdurchsuchung anlässlich einer Verkehrswidrigkeit
- Geldwäsche – die unsichtbare Kriminalität?
- Die StVO kennt keine Frauenparkplätze



Streik und aktive Mittagspause von DPoIG und DJG

Am 31. Januar 2019 haben DPoIG und DJG vor dem Innenministerium in Saarbrücken mit über 120 Kolleg(inn)en gestreikt und demonstriert.



Die erste Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder hatte keine Regung der Arbeitgeberseite gezeigt. Dies haben wir daher mit unseren Kolleg(inne)n aus dem Bereich der Justiz zum Anlass genommen und erstmalig zu einer „Aktiven Mittagspause“ auf dem Vorplatz des Innenministeriums aufgerufen.

Trotz eisiger Temperaturen sind sehr viele Mitglieder und Freunde der DPoIG und DJG dem Aufruf gefolgt.

Dies macht eins sehr deutlich: Die beschaulichen Zeiten für den Dienstherrn sind vorbei. In Zeiten von steigendem Arbeitsdruck und sinkenden Personalzahlen kann ein Ignorieren berechtigter Interes-

sen der Mitarbeiter(innen) nicht hingenommen werden. Es reicht nicht, den Kollegen zu sagen, was nicht geht, sondern was geht. Dabei ist eins ganz klar: Das Saarland ist in der Besoldung im Bundesvergleich das traurige Schlusslicht! Das ist die harte Realität, die es jetzt zu verändern gilt.

Update: Auch die zweite Tarifrunde Anfang Februar hat keine greifbaren Ergebnisse gebracht. Man möchte möglichst günstig aus der Sache rauskommen, so scheint es. Die vielen Aktionen des dbb und seiner Fachgewerkschaften wie die DPoIG zeigen aber, dass wir alle zusammenstehen. Wir dürfen gespannt sein, was nun folgt. Wir sind (streik)bereit. ■



© Dirk Guldner (6)



Impressum:
Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876





Neubau PI Saarbrücken-Stadt

Nach Vorstellung des Projektes und des aktuellen Stands haben wir als DPoIG die Fragen, die uns und unsere Kolleg(inn)en interessieren, zusammengetragen.

Einige Eckdaten wurden mittlerweile kommuniziert. Die für viele brennende Frage der künftigen Parksituation wurde von uns noch einmal dezi- diert mit dem Ministerium besprochen.

- > Nach aktuellen Zählungen sind in der Spitze der Auslastung der Parkfläche circa 400 Pkw erfasst worden.
- > Die nun neu geplante Dienststelle wird mit einem Personal- körper von circa 300 Mitarbei- ter(inne)n ausgestattet sein.

- > Man rechnet im Alltag jedoch mit einer deutlich niedrigeren Anzahl von Mitarbeitern, die zeit- gleich im Dienst sein werden.
- > Für die Bauphase wird es für die Parksituation ver- trägliche Lösungen geben (suksessiver Abriss der Bestandsgebäude).
- > Das Parkhaus soll eigen- wirtschaftlich von der Polizei geführt werden (Parkgebühr) und über 330 Parkplätze bieten.

Wir haben auf folgende Umstände hingewiesen:

- > Es muss tatsächlich ausreichen- den Parkraum für den Gesamt- bereich der Dienststellen im Areal Mainzer Straße geben.
- > Die Frage der Parkgebühren muss geklärt werden. Es darf kein Ungleichgewicht zu der aktuellen Situation „Tiefga- rage“ geben.
- > Parkgebühren müssen auf ein absolutes Minimum be- schränkt sein und sollten ide- alerweise gänzlich vom Dienst- herrn getragen werden.
- > Das Parkhaus sollte frei be- legbar sein (keine festen Parkplätze).
- > Es ist zu klären, wie mit Teil- zeitkräften verfahren wird.

Es darf keine Benachteiligung geben.

- > „Fremdparken“ durch zum Beispiel Anwohner darf es damit nicht mehr geben.
- > Kostenfreie Besucher/Kurz- zeitparkplätze müssen aus- gewiesen werden.
- > Die gesamte Verkehrssitu- ation auf der Verbindungs- straße (Mainzer Straße/ Halbergstraße) muss ge- prüft werden. Der Schul- verkehr sollte verlagert werden.

Wir bleiben bei diesem Thema den Verantwortlichen im Na- cken. Die Parksituation darf nicht zur Belastung werden. Daher sind wir sehr an guten Lösungen interessiert. Erste Gespräche sind geführt. ■

Presseerklärung vom 5. Februar 2019

§ 114 StGB (Tätlicher Angriff auf Vollstreckungs- beamte) ist notwendig – Forderung der Linken völlig Banane!

In einem Bericht der Saarbrücker Zeitung vom 5. Feb- ruar 2019 forderte der Innenpolitiker der Partei Die Linke, Dennis Lander, die Abschaffung des § 114 StGB.

Gerade die Tatsache, dass Wider- stände gegen Polizei und Ret- tungskräfte regelmäßig steigen, zeigt, dass die Hemmschwelle, sich gegen staatliche Einrichtun- gen auch tätlich zur Wehr zu set- zen, immer weiter sinkt. Dabei ist der § 114 die notwendige Er- gänzung gewesen, damit auch Kolleg(inn)en im Dienst (ohne in einer Vollstreckungshandlung zu sein) gegenüber solchen Über- griffen besser geschützt werden.

Keiner lässt sich gerne anspucken oder anpöbeln

Der Staat hat hier die klare Aufgabe, seine Mitarbeiter,

die für ihn tätig werden, vor Übergriffen bestmöglich zu schützen.

„Die Auffassung der Partei Die Linke, dass man zum Beispiel eine Poizeibeamtin ‚schupsen‘ dürfe, ist dabei absolut unak- zeptabel!“, so **Sascha Alles** (Landesvorsitzender der DPoIG).

Auch können wir es nicht nachvollziehen, wenn behauptet wird, dass sich „friedliche Bürger“ bei Demonstrationen eingeschüchert fühlen, weil es den § 114 StGB gibt. Eine Demonstration ist per se

durch das Versammlungsge- setz immer „friedlich und ohne Waffen“ durchzuführen. Somit macht die Aussage von Herrn Lander (Die Linke) hier gar keinen Sinn. Denn friedli- che Bürger haben nichts zu be- fürchten, unfriedliche hinge- gen schon. Das ist dann auch der rechtliche Auftrag als Poli- zeist.

„Wir müssen an dieser Stelle doch feststellen, dass man die Polizei mit solchen Aussagen in ein schlechtes Licht rückt. Das können und werden wir so jedoch nicht hinnehmen. Unsere Kolleg(inn)en haben einen verantwortungsvollen und oftmals schwierigen Job. Da erwarten wir auch politi- sche Unterstützung und keine falschen Verdächtigungen.“

Zum Glück wird das Strafge- setzbuch nicht von einem Landtag beschlossen. ■

> Hinweis in eigener Sache

Aktualisierung eurer Daten:

Wie immer im Leben, wenn sich was ändert, ändert sich was ...

- > Wohnortwechsel
- > Bankdatenwechsel
- > Namensänderung
- > Beförderung/ Höhergruppierung
- > Änderung im Beschäfti- gungsverhältnis (Teilzeit/Elternzeit)

Bitte formlos per Mail an un- sere Geschäftsstelle melden. Das spart uns und euch Ärger. Danke vorab!

Info@dpolg-saar.de



Presseerklärung vom 28. Januar 2019

Bodycam im landesweiten Einsatz ein Erfolg – Der Einsatz in Wohnungen fehlt jetzt noch

Nach dem ersten Jahr im Wirkbetrieb kann man ein positives Resümee ziehen. Unsere Kolleg(inn)en haben sich mit der neuen Technik vertraut gemacht und die hohen Nutzungszahlen zeigen, dass neben der Akzeptanz auch die Erfolge des Einsatzmittels deutlich werden. In mehreren Hundert Fällen konnte das Material der Bodycams als Beweismittel herangezogen werden.

„Jetzt wäre als nächster Schritt die von uns als Polizeigewerkschaft lange geforderte Nutzung in Wohnungen sinnvoll“, so **Sascha Alles** der Landesvorsitzende der DPoIG.

„Uns ist bewusst, dass der verfassungsrechtlich besonders geschützte Bereich der Wohnung hohe Hürden hat, jedoch wäre gerade dort der Einsatz

für unsere Kolleg(inn)en besonders wertvoll. Sehr oft sind unsere Kolleg(inn)en in Fällen von häuslicher Gewalt hoch aggressiven Personen, die nicht selten mit gefährlichen Gegenständen oder sogar Waffen hantieren, ausgesetzt. Da müssen unter Umständen in wenigen Sekunden Entscheidungen getroffen werden. Im Nachhinein wäre es daher gut, auch eine bildhafte Do-

kumentation der Gesamtsituation zu haben. Die Beweisführung wäre damit deutlich besser möglich. Darüber hinaus würde die deeskalierende Wirkung der Bodycam sicher auch in manchen Fällen, die Situation entschärfen.

Für uns bleibt die Forderung daher klar: **Wir möchten den Einsatz der Bodycam in Wohnungen.** ■

Gespräche mit der Politik

DPoIG ist aktiv und führt fleißig Gespräche mit der Politik ...

In vielen Gesprächen seit Jahresbeginn hat der Landesvorstand den politischen Verantwortungs-trägern die Vorstellungen und Forderungen der DPoIG nähergebracht.

Kernforderung ist das Ende des Personalabbaus (Beamte und Tarif!) und die Schaffung einer Mindestpersonalisierung von 3000 Vollzugsstellen in der Polizei in den nächsten Jahren.

Auch das Thema Besoldung und Gehaltsentwicklung sowie erneut die Forderung nach Zulagenverbesserungen waren Thema. Bestärkt haben wir auch unsere Vorstellung für ein Ende der Gehaltsabsenkung.

Wir haben deutlich auf den Dozentenmangel an der Fachhochschule für Verwaltung hingewiesen, sowie auf die Notwendigkeit, den Einsatz der Assistenzkräfte zu verbessern. Daneben wurde auf den Pakt für den Rechtsstaat hingewiesen und die Bitte, sich hierfür

verstärkt beim Bund einzusetzen.

Auch das Thema Beförderung (Regelbeförderung) war auf der Agenda. Für uns ist es sehr wichtig, neben der Stellenhebung auch notwendige Mittel zu haben. Die aktuell 35 neuen Stellen im Bereich A 10 müssen auch budgettechnisch berücksichtigt werden (94 500 Euro). Das „Mehr“ an Beförderungsmöglichkeiten muss auch mit mehr Mitteln verbunden sein. MP Tobias Hans hat sich hierzu mehrfach positioniert. Wir erwarten daher auch eine positive Umsetzung.

Wir setzen auch in Zukunft auf den Dialog. Daher bleiben wir im Gespräch ... und erwarten aber auch Ergebnisse. ■



> Zu Gast bei der SPD-Fraktion: Sascha Alles, Stefan Pauluhn MdL, Marc Emde



> Gespräch mit den Grünen: Sascha Alles und Markus Tressel (MdB)



> Treffen mit der FDP: Oliver Luksic, MdB und Sascha Alles



> Zu Gast bei der CDU-Fraktion: Bernd Quint, Markus Scherer, Alexander Funk (MdL), Sascha Alles, Patrick Gensheimer, Marc Emde

© DPoIG (4)



Pakt für den Rechtsstaat gilt wohl nicht für die Polizei – DPolG kritisiert Ausschluss der Polizei

Neben den Stellen für Richter und Staatsanwälte sieht der Pakt, der im Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin festgeschrieben wurde, vor, dass für Polizeiaufgaben Bund und Länder in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen je 7 500 neue Stellen schaffen. Dies würde für das Saarland anteilig 90 Stellen in der Polizei bedeuten.

Die nun gefundene Einigung zwischen Bund und Ländern ist zwar sehr zu begrüßen, betrifft jedoch leider nur den Bereich der Gerichte.

Realität bleibt aber: Im Saarland wird fleißig weiter bei der Vollzugspolizei abgebaut.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft im Saarland (DPolG), Sascha Alles:

„Leider ist die Ankündigung im Koalitionsvertrag des Bundes im Bereich der Polizei aus unserer Sicht nicht das Papier wert, auf der sie steht. Es freut uns zwar sehr, dass man sich im Bereich der Gerichte zur Finanzierung und Schaffung neuer Stellen durchgerungen hat. Jedoch

scheint die Polizei bei dem Thema Verstärkung des Rechtsstaats und somit bei der Schaffung neuer Stellen hinten runtergefallen zu sein. Denn auch die Polizei leidet sehr unter der akuten Personalnot. Dabei gehören zu einem strafrechtlichen Verfahren typischerweise Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte.

Die Polizei legt mit ihrer Ermittlungsarbeit meist den Grundstein für den Verlauf eines Verfahrens, das am Ende oftmals durch ein Gericht verhandelt wird.

Uns erschließt sich daher nicht, warum man in der Frage der personellen/finanziellen Unterstützung durch den Bund die Polizei nun ausnimmt.

Fazit: Wir brauchen auch mehr Stellen für die Polizei gerade im Saarland. Die Blaupause der Politik zur Stärkung des Rechtsstaats verpufft sonst schneller, als uns allen lieb ist. Wir brauchen auch einen echten Pakt für die Polizei.

Wir werden die Politik daher weiter in die Pflicht nehmen. Leere Versprechungen gehen da nicht!

> Treffen mit Innenstaatssekretär Christian Seel – erste positive Signale



© DPolG

> Stefan Spaniol (MIBS/D4), StS Christian Seel, Sascha Alles, Marc Emde

In einem Gespräch mit dem Innenstaatssekretär wurde unter anderem das Thema Zulagen erneut diskutiert. Hier haben wir neben der Erweiterung von Zulagen für geschlossene Einheiten und besonders belastende Dienste („Verschleißdienste“) im Ermittlungsbereich auch die Überarbeitung bestehender Zulagen angeregt. Speziell wurde die aktuelle Verfahrensweise bei der Erschwerniszulage von uns nochmals kritisch gestellt. Die aktuellen Kappungs- und Übertragungsgrenzen (45 Stunden im Monat und maximal 135 in drei Monaten) halten wir für zu gering. Hier hat StS Seel zugesagt, dass es aufgrund unserer Initiative eine Überprüfung der Optimierungsmöglichkeiten im Hinblick auf die administrativen Vorgaben geben soll.

Auch wurde das Thema der Anrechnung von Dienstzeiten der Bereitschaftspolizei zur Reduzierung von Versorgungsabschlägen bei vorzeitigem Ruhestandseintritt diskutiert. Hierzu steht noch die Novellierung des Versorgungsrechts im Saarland aus.

Wir sind der Auffassung, dass auch die Mitarbeiter der BP wie es in anderen Ländern auch praktiziert wird, einbezogen werden müssen. Einig war man sich hier, dass eine Prüfung möglich ist. Die Frage, ab wann eine solche Regelung im positiven Falle greifen könnte, wird jedoch unterschiedlich gesehen. Wir sind klar für eine rückwirkende Anrechnung. Dies sieht man im Ministerium jedoch eher kritisch.

Mal sehen, was jetzt folgt ... wir bleiben optimistisch!

> Verfahrensstand zur angekündigten DUZ-Erhöhung

Die geplanten Änderungen in der Erschwerniszulage im Bereich DUZ werden durch eine Regierungsverordnung veranlasst.

Aufgrund unserer Nachfrage beim Innenministerium wurde uns folgende Info mitgeteilt:

Die Vorlage zur Regierungsverordnung befindet sich in der internen Anhörung der Ministerien. Danach wird die externe Anhörung (unter anderem Gewerkschaften) hierzu erfolgen. Nach Abschluss dieses Verfahrens geht die Vorlage ins Kabinett und wird nach Zustimmung im Amtsblatt des Saarlandes veröffentlicht und gilt ab diesem Tag. Man rechnet mit einer Umsetzung noch im „Frühling“. Wir hoffen in diesem Fall sehr, dass die Umsetzung so schnell wie möglich erfolgt, und werden dies an entsprechender Stelle deutlich machen.

Sobald weitere Infos bekannt sind, berichten wir nach.

DPolG – wir bleiben am Ball!

> Geburtstage im März

Wir gratulieren von Herzen unseren Kollegen:

- Feuersänger D. (61.)
- Theobald M. (61.)
- Schneider H. (62.)
- Schwarz H. (62.)
- Schneider G. (65.)
- Haygis W. (69.)
- Oswald H. (75.)
- Schorr H. (78.)
- Eiswirth H.-A. (83.)
- Fischer K.-H. (90.)

Alles Gute und vor allem viel Gesundheit auch im nächsten Lebensjahr.